

3. Forum Supervision und Politik

8. Juli 2005

Wenn's ums Geld geht – Interventionen wieder den Zeitgeist

Money makes the world go round

Globalisierung und der universelle Maßstab Geld

Christa Wichterich

Mit der Wahl des Konferenzthemas nehmen sie nicht nur aktuelle Schlagzeilen übers Geld auf wie Hartz IV, Managergehälter, Abfindungen für gescheiterte Aufsichtsratsvorsitzende, Steuern für Millionäre und Heuschrecken-Kapitalismus. Sie antworten auf ein sich verdichtendes Lebensgefühl in Deutschland, dass nun die negativen Auswirkungen der Globalisierung auch bei uns angekommen sind, dass die globalisierte Geld- und Marktlogik alle Arbeits- und Lebenswelten durchdringt. Ökonomisierung heißt, dass der Geldmaßstab zu einem zunehmend totalitärem Regime in der Gesellschaft wird. Wachstum, als die quantitative, in Geld gemessene Größe, ist dabei die Schlüsselkategorie, das wirtschaftspolitische Mantra, dem gegenüber alle anderen Politiken, aber auch alle Lebensqualitäten als abhängige Variablen definiert werden.

Ökonomisierung heißt Vermessung in Geldwert, in betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkulationen. Dass dies in Betrieben, in Produktionsprozessen und beim Handel geschieht, ist das Grundprinzip der Marktökonomie. Doch dass dies zunehmend auch soziale Beziehungen, lebendige Organismen und politische Prozesse erfasst, ist eine neue Stufe der Kommerzialisierung und Kommodifizierung von Gesellschaft und Leben. Sprachlich schlägt sich dies in Wortschöpfungen wie Humankapital, Naturkapital und Sozialkapital nieder, eine Region ist Standort, Entwicklungsländer werden als „Zukunftsmärkte“ konstruiert, Bonn ist eine gute Stadt, erklärte mir kürzlich ein Nachbar, der Banker ist, warum denn? Weil in Bonn zwei börsennotierte Unternehmen angesiedelt sind. In der neoliberalen Globalisierung wird versucht, alles zu vermarktwirtschaftlichen und zu vermarkten, um es grenzüberschreitend zur Vermehrung von Geldkapital zu nutzen.

Gesellschaftlich produzierter Reichtum wird in Geldeinheiten bewertet, Geld drückt im Preis den ökonomischen Wert einer Ware aus, ob das nun Kartoffeln, Luxuslimousinen, Immobilien oder Arbeitskräfte sind. Es ist der Springpunkt kapitalistischer Marktökonomie, dass Geld nicht nur Mittel ist, mit dem Güter und ökonomische Werte auf der Grundlage eines Marktvertrags getauscht werden. Sondern Geld ist auch Zweck ökonomischen Handels, Geld ist als Geldkapital Selbstzweck.

Mit diesem Vorverständnis möchte ich Sie einladen zu einer zeitdiagnostischen Exkursion in drei Territorien der Globalisierung: in die Finanzmärkte, in die Arbeitsverhältnisse und die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge.

Alle drei Felder berühren das Verhältnis von Politik und Wirtschaft, und an genau diesen Schnittflächen organisiert sich der Einfluss der neoliberalen Globalisierung auf unser Leben und Wirtschaften, und die Beziehung der Einzelnen zu Geld und Ökonomie.

1) Globale Finanzströme und das Roulette ums goldene Kalb

In der neoliberalen Globalisierung ist die Bedeutung von Finanzmärkten als zentralen Motoren weltwirtschaftlicher Entwicklung dramatisch gewachsen. Finanzmärkte waren die Institutionen, wo Kapitaleigner Geld suchten, um ihre Investitionen zu finanzieren, d.h. Geld in der Form von Krediten war ein Hilfsmittel für Produktion und Handel.

Weil sich aber in den Industrienationen das Wirtschaftswachstum und die Nachfrage wegen Übersättigung der Märkte verringert haben, ist produktive Investition von Kapital jetzt weniger rentabel. Deshalb suchen Kapitaleigner und Wertpapierbesitzer nach einer rentablen Anlage auf den Finanzmärkten. Triebfeder dafür war seit den siebziger Jahren, dass feste Wechselkurse aufgekündigt und staatliche Kontrollen von transnationalen Kapitalbewegungen abgebaut wurden. Mit dieser Liberalisierung der Finanzmärkte entstand ein eigenständiger transnationaler Markt, auf dem Wertpapiere und Währungen gehandelt werden und auf dem Spekulation zur zentralen Wirtschaftstätigkeit und Quelle von Gewinn wurde. Auf diese Weise hat sich die zentrale Funktion von Kapitalmärkten verändert, nämlich von der Finanzierung von Investitionen zur Investition von Finanzen.

2005 werden an jedem Börsentag auf den Finanzmärkten Transaktionen im Wert von fast 2 Billionen US-Dollar getätigt. Von dieser gigantischen Summe mit 12 Nullen dienen nur noch 3 % der Finanzierung von Handel und Investitionen, 20 % der Absicherung von realwirtschaftlichen Geschäften gegen das Wechselkursrisiko. Die übrigen knapp 80 % sind Spekulationsgeschäfte, d.h. Wetten auf künftige Preise von Währungen, Wertpapieren und Zinsen. Weil heute Kapitaleigner mit Spekulationen kurzfristig die größten Gewinne machen, wird diese Form der Finanzmarktwirtschaft auch Kasinokapitalismus genannt. Beim Einsatz von Geldmassen in der Größenordnung von Hunderten Millionen wirft eine Wechselkursänderung von einem Basispunkt – das entspricht 0,01 % - einen Profit in Millionenhöhe ab. Pro Tag versteht sich.

Spekulation als Spiele mit hohem Einsatz sind jedoch nicht nur die Quelle astronomischer Gewinne, sondern auch die Ursache von irrationalem Herdenverhalten der renditegeilen Anleger und von Finanzkrisen. Alle großen Krisen des vergangenen Jahrzehnts waren Finanzmarktkrisen, Aufblähungen von Kapitalwerten, Blasen, die schnell zerplatzten. Aufgrund der

Transnationalität der Märkte erzeugen sie Kettenreaktionen von Crashes und wirtschaftlicher Destabilisierung. Globalisierung bedeutet, dass gleich wo das Epizentrum konjunktureller Schwankungen liegt, das ganze digital vernetzte System ins Beben gerät.

Während bei den Wirtschaftstätigkeiten Produktion, Handel und Dienstleistung ökonomische Werte durch Arbeit geschaffen und durch Geld gepreist und getauscht werden, wird durch Spekulation das kapitalistische Prinzip in Reinkultur verwirklicht: Geld ist Ware und erzeugt mehr Geld, sprich: Reichtum in Kapitalform. Während bei den Wirtschaftstätigkeiten Produktion, Handel und Dienstleistung die Versorgung von Menschen mit Gütern und Dienstleistungen das Ziel ökonomischen Handelns ist, ist bei der Spekulation allein die Schaffung ökonomischer Werte in Geldform, sprich: Profit das Ziel. Mit Versorgung oder Bedürfnisbefriedigung direkt hat dies nichts zu tun.

Dass die Börsen und nicht mehr die Fabriken oder die Handelshäuser die zentralen Institutionen des Weltmarkts sind, wird multimedial täglich, ja stündlich ins öffentliche Bewusstsein gedrückt, in Deutschland durch die Einblendung der Börsenkurse als Laufband unter den Nachrichtensendungen, als wäre dies die Folie, auf der sich alles andere Geschehen von globalem, nationalem oder lokalem Ausmaß abspielt. Den „Rosenkranz“ des Neoliberalismus haben dies Kabarettisten genannt, um auf die religiösen Anteile in der Geldfixierung hinzuweisen. Die Bedeutung von Geld als universeller Form, in der Reichtum und Wohlstand weltweit nicht nur gemessen werden, sondern in der sie sich manifestieren, wächst auf diese Weise für unser Alltagsdenken und unsere Alltagspraxis.

Zunehmend werden auch die globalen Mittelschichten, also die neuen und alten Konsumklassen, als Kleinaktionäre und als Beteiligte an Pensionsfonds in diese Märkte eingebunden und von ihnen abhängig. Das heißt aber auch, dass sie ein Interesse haben, dass ihr Geld Rendite bringt.

Das Grundprinzip des Kapitalismus, nämlich die Vermehrung von Geld, ist damit zu einem hegemonialen gesellschaftlichen Denk- und Handlungsmuster geworden. Ein breit gefächertes Finanzdienstleistungsangebot von Banken, Vermögensberatung, Versicherungen, Kreditkartenfirmen, Börsenmaklerei, Aktienanalysten, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater – eine riesige transnationale Industrie rund ums Geld zieht immer mehr Menschen in die Finanzmärkte hinein und lobbyiert gleichzeitig Regierungen und die Welthandelsorganisation, die Finanzmärkte immer weiter zu liberalisieren. Die letzte Bastion des Widerstands gegen eine Integration, China, fällt nun auch langsam im Zuge der Liberalisierung der Märkte.

Beim Shareholder-Value-Kapitalismus kommt in der Beziehung zwischen dem Homo oeconomicus als Marktakteur und Geld eine wesentliche Unterscheidung hinzu: es liegt im Konzept der Aktie, des Wertpapiers, das Teil eines Gesamtkapitals darstellt, dass Eigentum und Verfügungsgewalt getrennt sind. Die Mehrheitseigner oder die Konzernführung und die Manager

entscheiden, wie das Kapital eingesetzt wird, nicht der einzelne, kleine Aktionär.

Mit einer demokratischen Kontrolle über die Wertschöpfungsprozesse und den gesellschaftlich geschaffenen Reichtum hat der Einbezug von immer mehr Menschen in die Dynamiken der Finanzmärkte nichts zu tun. Im Gegenteil: auf den liberalisierten Märkten entzieht sich das Kapital jeder Kontrolle. Spekulationen, Übernahmen und Fusionen werden immer komplexer, die Prozesse intransparenter, die zentralen Akteure anonymer, was den Eindruck erweckt, dass es sich um quasi Naturgewalten und lediglich um Sachzwänge handelt. Tatsächlich aber werden auch die Finanzmärkte von Marktakteuren gesteuert, die ihre privaten Anlage- und Verwertungsinteressen in ihrem geradeaus auf die Geldvermehrung gerichteten Blick haben und die sich jeglicher nationalstaatlichen Kontrolle entziehen wollen.

Eine der tagtäglich beobachtbaren Absurditäten an den Börsen ist, dass die Aktien von Konzernen steigen, wenn sie Arbeitsplätze abbauen, weil Entlassung als Kostensenkung und Gewinnsteigerung gilt. Buchstabieren wir diesen Mechanismus der Geldlogik durch, so ist es im Interesse von Kleinaktionären oder Teilhabern an Pensionsfonds, die mit ihren Anlagen Rendite erzielen wollen, dass die Kosten von Unternehmen durch Entlassung reduziert werden, dass Arbeitsplätze vernichtet werden. Die Rationalität des Geldkapital wirkt auf diese Weise spalterisch in der Gesellschaft, die Interessen der Aktienbesitzer stehen denen der Beschäftigten diametral gegenüber.

2. Hauptsache Arbeit oder Geld als Lebensmittel

Mein zweites Analysefeld ist der Umbau der Arbeitsmärkte unter Globalisierungsdruck und nach verschärfter Maßgabe der Geldlogik. Der politische Schlüsselbegriffe dafür sind Standortwettbewerb und Kostensenkung. Standortwettbewerb vollzieht sich im Augenblick vor allem über Kostensenkungen und Unterbietung - race to the bottom – ein Rennen nach unten durch Senkung von Löhnen und Lohnnebenkosten, von Arbeitsrechten, sozialer Sicherung und von Unternehmensbesteuerung. Die Geldlogik verkleidet sich als Effizienzlogik, als Steuerungsprinzip von Arbeit: nämlich mit möglichst geringem Einsatz von Mitteln, sprich Kosten für Ressourcen und Arbeitskräfte ein möglichst großes Resultat, sprich: Gewinn zu erzeugen. Das intensiviert die Konkurrenz zwischen Standorten, zwischen Konzernen, zwischen Großen und Kleinen, Konkurrenz um Jobs bis hin zur Konkurrenz innerhalb von Betrieben und Teams.

Dieses Kostensenkungsrennen hat vermittelt über Unternehmensstrategien und staatliche Politik massive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Im Zentrum der bundesdeutschen Diskussion stehen derzeit mehrere Unternehmensstrategien, um Produktionskosten zu reduzieren und Gewinne zu maximieren: Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer, Arbeitszeitverlängerung, außertarifliche Bezahlung und die Informalisierung

von Beschäftigung. Unter Globalisierungsdruck flexibilisieren, d.h. deregulieren Regierungen in einem europäischen Land nach dem anderen die Erwerbsmärkte und höhlen Tarifrecht, Kündigungsschutz, Mutterschutz etc. Schritt für Schritt aus.

Mit Kostensenkung durch Lohndumping in Mini-Jobs, Arbeitszeitverlängerung, Etablierung von Niedriglohnbereichen, Informalisierung und Flexibilisierung wird das Ende des sog. Normalarbeitsverhältnisses besiegelt. Dieses Normalarbeitsverhältnis war das Kernstück, der Grundstein des fordistischen Gesellschaftsvertrags im keynesianischen wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus der Nachkriegszeit. Im Rahmen gewerkschaftlich erkämpfter Rechte ermöglichte die industrielle Massenproduktion in den Ländern des Nordens einen Konsumwohlstand und die Entstehung einer relativ breiten kaufkräftigen Konsumklasse.

Nicht zu vergessen dabei ist, dass der so geschaffene Wohlstand und Konsum im Norden auf einer massiven Ressourcenausbeutung der Länder des Südens durch ungerechte Terms of Trade und einen Nettokapitaltransfer von Süd nach Nord infolge der Auslandsverschuldung basierte, d.h. dass unser Wohlstand sich von Ungleichheit und einer Machtasymmetrie in der Weltwirtschaft nährt.

Dem fordistischen Gesellschaftsvertrag von Arbeit und Wohlstand entsprach ein zutiefst patriarchales Familienmodell: der lebenslang vollbeschäftigte, weiße Ernährermann und seine Ehefrau, die nicht erwerbstätig war oder lediglich geringfügig „zuverdiente“ und unbezahlt Sorge- und Reproduktionsarbeit leistete. D.h. das Normalarbeitsverhältnis existierte nur auf Grundlage von Geschlechterungleichheit, nämlich der weitgehenden Ausgrenzung von Frauen aus der Erwerbstätigkeit und ihrer Zuständigkeit für die soziale Reproduktion. Vollbeschäftigung war eine historische Ausnahmesituation in wenigen Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, die doppelte Ungleichheitsverhältnisse im internationalen wie auch im Geschlechterregime zur Voraussetzung hatte und auf der Ausgliederung ökologischer Kosten aus dem Wertschöpfungsprozess basierte.

Durch Kostensenkung und Sozialabbau werden nun post-fordistische Arbeits- und Wettbewerbsverhältnisse eingeführt, in denen Erwerbsarbeit, Existenzsicherung und staatlich garantierte soziale Sicherheit voneinander entkoppelt sind. Das Verhältnis von Arbeit und Geld, vermittelt über Bewertung und Entlohnung wird neu organisiert, nämlich – in der zynischen Sprache der Werbung für Konsumgüter formuliert – nach dem Geiz-ist-geil-Prinzip.

Der Umbau der Arbeitsmärkte, den die neoliberale Politik – von rot-grüner Couleur in Deutschland bis zu konservativ-nationalistischer Prägung in Italien – nun eine Reform tauft, macht Arbeit und Arbeitsverhältnisse, Menschen und Märkte fit für den globalisierten Unterbietungswettbewerb. Zu den Umstrukturierungen zählen die deregulierte Niedriglohnproduktion, der Boom ungeschützter informeller Arbeit, das Aufblühen von Schattenökonomien und

immer häufiger von Gewaltmärkten, Lohndumping und die verstärkte Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten aus den Marktprozessen.

Bei dieser Transformation spielen Frauen eine wichtige strategische Rolle und es ist kein Zufall, dass gerade jetzt eine Feminisierung der Beschäftigung stattfindet. Im letzten Jahrzehnt ist die Frauenbeschäftigung weltweit schneller gewachsen als die Beschäftigung von Männern, während Männer durch die De-Industrialisierung massenhaft von struktureller Erwerbslosigkeit betroffen sind. Feminisierung der Beschäftigung meint aber nicht nur den wachsenden Anteil von Frauen am Erwerbsarbeitsmarkt, nämlich von über 40 %. Feminisierung der Beschäftigung bezeichnet auch die Veränderung der Beschäftigungsformen durch Flexibilisierung, Informalisierung und Lohn-Dumping. Das heißt: die Mehrzahl der Frauen findet sich in ungeschützten, prekären, geringentlohnten Jobs wieder. Sie gelten als prädestiniert für Niedriglohnjobs, Mini-Jobs, Auftrags-, Heim- und Teilzeitarbeit sowie Ich-AGs weil ihnen immer noch die „Zuverdienerin“-Rolle und die Verantwortung zugeschrieben wird, Sorgearbeit in der Familie und Erwerbsarbeit flexibel vereinbaren zu müssen. Wegen ihrer Flexibilität sind Frauen die Prototypen der Zu- und Abrufarbeitskräfte, just-in-time, die „Call girls der globalen Märkte“, die je nach Auftragslage und Bedarf geheuert und gefeuert werden. Allerdings besteht kein Zweifel, dass Männer ihnen durch den Umbau der Arbeitsmärkte in diese informalisierten, „kostengünstigeren“ Arbeitsverhältnisse folgen werden.

Interessant für die Bewertung und Bezahlung von Arbeit ist, dass trotz der Beschäftigungsgewinne von Frauen das geschlechtsspezifische Lohn- und Einkommensgefälle weltweit nahezu unverändert ist: Frauen verdienen im Durchschnitt 25 % weniger als Männer. Das heißt, der Markt wertet ihre Arbeit ständig ab und sortiert sie in die niedrig bewerteten und entlohnten Segmente ein. Damit nutzt der Markt die vorgeordnete Geschlechterungleichheit zur Differenzierung von Arbeit und zur Lohndiskriminierung. Ähnlich geschieht die Preisbildung von Arbeit vermittelt über die sozialen Kategorien ethnischer Herkunft und Alter, z.B. die unterschiedliche Bezahlung für Putzhilfen aus Osteuropa, Asien und Lateinamerika in Berlin. Wegen der Konzentration in niedrigentlohnenden, informellen Jobs machen Frauen 60 % der *Working Poor* aus, derjenigen die erwerbstätig sind und trotzdem die Linie der Einkommensarmut nicht überschreiten

Die überwiegend von Frauen geleisteten Reproduktions- und Sorgearbeiten bleiben auch bei ihrer markt- oder weltmarktförmigen Organisation unterbewertet. Gerade Pflege- und Sorgejobs werden derzeit erneut abgewertet und z.B. im Rahmen der deutschen Arbeitsmarktreform Hartz IV als 1-Euro-Jobs für Lohndumping freigegeben. Gleichzeitig mit der Abwertung und Unterbezahlung von flexibilisierter und fürsorgender Arbeit auf den Teilzeit-, Gelegenheits-, Leiharbeits- und Migrantinnenmärkten findet eine zunehmende Polarisierung der Bewertung von Leistung durch die Überbezahlung und Überbewertung von Arbeit der so genannten Effizienzelite im Management und auf den Finanzmärkten statt.

Diese Bewertungshierarchie von Arbeit entlang der Kriterien von Effizienz, Rentabilität und Wachstum verschärft Konkurrenz, Entsolidarisierung und soziale Polarisierung. Die verschärfte Differenzierung von Leistungsbewertung und Entlohnung verhindert Solidarisierung und Kooperation und folgt der Logik der Individualisierung des Homo Oeconomicus auf dem Markt. Arbeit als soziale Beziehungsform wird unsichtbar hinter Arbeit als individueller, differenziert entlohnter Leistung.

Resultat ist eine stark hierarchisierte Berufs-, Qualifikations- und Entlohnungspyramide: an deren Spitze stehen überbewertete und überdotierte Geldeliten vor allem in den high-tech-gestützten Finanz-, Management- und Informationsbranchen auf transnationalen Märkten. Das zunehmend ausdifferenzierte Mittelfeld der sozialen Pyramide von Qualifikationen und Arbeitsbewertungen garantiert den Menschen ein Auskommen, relative soziale Sicherheit und einen westlich geprägten individualisierten Lifestyle. Diese globalen Konsumklassen sind jedoch durch die Verunsicherung der Arbeitsmärkte und den schnellen Wertverfall von Qualifikationen durch Automatisierung oder in den Informations- und Kommunikationstechnologien hochgradig abstiegsgefährdet. Der breite Sockel der Pyramide aber sind die unterbewerteten, informellen und niedrig entlohnten Arbeitsformen.

Um die Funktionsweisen des Marktes – Konkurrenz, Kostensenkung, Effizienzsteigerung – durchzusetzen und zu optimieren, sind inzwischen reichlich Methoden und Instrumente entwickelt. Standardisierung und Benchmarking von Arbeitsprozessen, Rating von Unternehmen, Ranking von Institutionen sind allesamt wettbewerbsorientierte Managementmethoden. Eine Legion von Beraterfirmen mit dem McKinsey-Konzern als Marktführer berät private und öffentliche Unternehmen in Sachen Effizienzsteigerung, nämlich mehr Gewinn bei geringeren Kosten zu erwirtschaften. Sie prüfen nicht nur Bilanzen und machen Steuer- bzw. Steuerumgehungsberatung, sondern empfehlen vor allem betriebliche Umbaupläne zur Effizienzsteigerung, in denen die globalen Finanzmärkte und die globalen Arbeitsmärkte als Verschiebebahnhöfe für die möglichst rentable Anlage des Firmenkapitals genutzt werden. Es ist ihre zentrale Aufgabe, Standorte, Arbeitsplätze und Menschen nur durch die Geldbrille anzuschauen und auf Effizienz auszurichten. Der Rest, alles was jenseits der Geld- und Gewinnlogik liegt, ist außerhalb dieses Horizonts.

Der Effizienzsteigerungsdruck auf den Arbeitsmärkten wie die skizzierten Trends zu Informalisierung und Flexibilisierung verunsichern in hohem Maße, erzeugen Stress und intensivieren individuelles Konkurrenzverhalten bis hin zum Mobbing. Sie verunsichern, weil Erwerbsarbeit ein zentraler Mechanismus gesellschaftlicher Integration oder der Vergesellschaftung ist: durch bezahlte Arbeit – eben nicht allein durch unbezahlte Arbeit – wird ein Individuum wertvolles, weil wertschaffendes Mitglied der Gesellschaft, homo oeconomicus, durch Arbeit erwirtschaftet es ein Einkommen als „Lebensmittel“, mit dem es seine Versorgung sichert und durch Konsum in die Marktwirtschaft integriert ist. Je größer jedoch die sozialen Unterschiede sind, die durch diesen Prozess entstehen, je ungleicher die Verteilung von

gesellschaftlich geschaffenen Reichtum ist, desto mehr wirkt Geld gleichzeitig auch als Mittel gesellschaftlicher Spaltung. Soziale Polarisierung wird nun auch in den europäischen Wohlfahrtsstaaten greifbar und verstärkt die Bedeutung der Geldlogik.

3. Marktvertrag vor Sozialvertrag oder die Auslagerung des Sozialen

Im wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus wirkt Arbeit überdies als ein Mechanismus der Vergesellschaftung, weil über Erwerbsarbeit soziale Sicherheit und der Zugang zu Gesundheits- und Altersversorgung gewährleistet wird. Damit bin ich bei dem dritten Bereich meiner Analyse, wo eine Umstrukturierung entsprechend der Geldlogik stattfindet: in der staatlichen Daseinsvorsorge.

Wirtschaften im öffentlichen Sektor hat als Ziel die Sicherung des Gemeinwohls und die Bereitstellung von Dienst- und Transferleistungen im öffentlichen Interesse. Im rheinischen Kapitalismus der Nachkriegszeit, der bundesdeutschen Variante des Wohlfahrtsstaats beinhaltet diese Rolle des Staats eine Strategie des sozialen Ausgleichs durch relative Umverteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums oder Wachstums an die Schwächeren in der Gesellschaft und das Auffangen individueller Lebensrisiken wie Krankheit, Unfall, Alter durch das Solidarprinzip. Die Sozialversicherung ist institutionalisierte Umverteilung durch Quersubventionierung: die Gesunden zahlen für die Kranken, die Jungen für die Alten, die Jobbesitzer für die Arbeitslosen.

Im Windschatten der Globalisierung gerät der Staat jedoch unter Wettbewerbszwänge, und Standortsicherung wird das oberste politische Ziel. Während Wettbewerbspolitiken wie die Deregulierung des Arbeitsmarktes an Bedeutung gewinnen, zieht der Staat sich aus sozialpolitischen Aufgaben zurück. Das Dogma der Effizienz und die Verschuldung von Staat und Kommunen zwingen die öffentliche Hand zu einem Sparkurs, einer Variante der Kostensenkungsstrategie.

Gleichzeitig drückt von oben, von der multilateralen Ebene her das GATS-Abkommen, die Dienstleistungsmärkte zu liberalisieren und auch den öffentlichen Sektor für private Investoren zu öffnen.

Aufgrund des Spardrucks einerseits und des Liberalisierungsdrucks andererseits wird der öffentliche Sektor, Behörden und Verwaltungen, an Markt- und Effizienzkriterien angepasst z.B. unter dem Banner des New Public Management, die dem betriebswirtschaftlichen Management privater, gewinnorientierter Unternehmen im wesentlichen abgeguckt sind. Vor allem aber wird nach Maßgabe von Qualitätsmanagement und Effizienz abgespeckt, verschlankt und Teilprozesse aus dem öffentlichen in den privaten Sektor ausgelagert.

Besondere Bedeutung haben Effizienzstrategien für die Durchführung sozialer und personenbezogener Dienstleistungen. Erziehungsarbeit, Pflege- und

Sorgearbeiten und lassen sich nur beschränkt rationalisieren und beschleunigen. Unter dem Diktat des Sparzwangs werden sie standardisiert und auf das Notwendigste beschränkt. Exemplarisch zeigen die Module der Altenpflege, wie jede Handreichung im Minutentakt ihren kommerziellen Marktpreis bekommt und unter dem Dogma der Wirtschaftlichkeit Beziehungsarbeit und Zuneigung, kurz: die Streicheleinheiten von der technischen Dienstleistung abgespalten und d.h. nicht bezahlt werden. Die Fürsorge, die Kernkompetenz des Sozialen, hat keinen Platz in der geldbemessenen Marktökonomie und wird rückverlagert in die Privathaushalte und in die unbezahlte Versorgungsökonomie vor allem von Frauen.

Gleichzeitig kürzen Regierungen und Verwaltungen die öffentlichen Ausgaben im Sozialbereich, und dünnen die öffentliche Versorgung aus. Postämter und Fahrkartenschalter in Bahnhöfen werden geschlossen, Bus- und Bahnlinien stillgelegt, die Angebote öffentlicher Einrichtungen von Bibliotheken über Schwimmbäder bis Volkshochschulen werden reduziert, staatliche Kulturbetriebe auf Schmalspur gesetzt. Frauen-, Jugend- und Bürgerprojekte abgewickelt. Häufig übernehmen dann BürgerInneninitiativen auf ehrenamtlicher Basis solche öffentlichen Leistungen.

Gespart wird zudem durch das Prinzip der „Kostenteilung“. Mit dem Zwang zur Eigenbeteiligung und dem Appell an Eigenverantwortung werden die VerbraucherInnen bei öffentlichen Leistungen immer mehr zur Kasse gebeten. So steigen die Zuzahlungen für Medikamente, ärztliche und therapeutische Behandlung ebenso wie die Preise für den öffentlichen Nahverkehr, Studien- und Ausbildungsgebühren werden eingeführt. Die öffentliche Hand reduziert die Aufwendungen für die elementare Daseinsvorsorge und externalisiert soziale Aufgaben und Kosten.

Die nächste Stufe ist der (Teil-)Verkauf öffentlicher Einrichtungen und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, um leere Kassen aufzufüllen und öffentliche Haushalte zu entlasten.

Gesundheitsreform, Rentenreform, Bildungsreform – Reform ist zum Synonym für Sozialabbau und Teil-Privatisierung geworden. Das Ziel privater Service-Anbieter ist Rentabilität, Gewinn in Geldform, nicht das Gemeinwohl. Deshalb investieren sie dort, wo sie Gewinne machen können. Unrentable Bereiche überlassen sie der öffentlichen Hand. Entsprechend steigen die Multi-Utility-Konzerne wie RWE und Vivendi und Versicherungskonzerne vorzugsweise in den Stadtvierteln in die Wasserversorgung ein, wo zahlungsfähige Kundschaft wohnt, bevorzugen Schwellenländer vor armen Ländern, bieten marktkompatible Fortbildung für die Besserverdienenden an, versichern lieber Männer als Frauen, weil die wegen Schwangerschaften und Geburten sowie ihrer längeren Lebensdauer ein „höheres Risiko“ darstellen. So werden weltweit Gemeinschaftsgüter und öffentliche Dienstleistungen von der Müllabfuhr bis zur Kanalisation selektiv privatisiert. Die Unternehmen picken sich die Rosinen aus dem öffentlichen Kuchen.

Auf der Seite der Bürger und Bürgerinnen ist es nicht mehr ein Grundrecht, das über den Zugang zu Daseinsvorsorge und sozialer Sicherheit entscheidet, sondern vor allem die Verfügung über Geld, die Kaufkraft, die entscheidet, wieviel private Renten- und Lebensversicherung, wie viel medizinische Versorgung in privaten Krankenhäusern und Rehabilitationskliniken, welche Ausbildung etc. man sich leisten kann.

Die Geld- und Konsumklassen betreiben private Risikoversorge und kaufen sich eine teure Versorgung von privaten Anbietern, von der privaten Kranken- und Rechtsschutzversicherung über private Sicherheitsdienste bis zu den privaten Pensionsfonds.

Je mehr der Staat als Garant des Gemeinwohls durch Umverteilung sich aus seiner sozialen Verantwortung zurückzieht und die individuelle Risikoabsicherung der Eigenverantwortung der BürgerInnen überlässt, desto mehr wächst die Bedeutung von Geld beim Zugang zu sozialer Sicherheit und Daseinsvorsorge. Eigenverantwortung tritt an die Stelle des Solidarprinzips, individuelle Zahlungsfähigkeit tritt an die Stelle der Quersubventionierung, der Marktvertrag an die Stelle des Sozialvertrag. Vermittelt über die Geldlogik und den Marktvertrag werden die Daseinsvorsorge, öffentliche Güter und das Gemeinwohl nun auch zunehmend ökonomisiert, d.h. in Heller und Pfennig aufgerechnet. Das ist eine neue, nämlich geld- und marktförmige Form von Gesellschaftlichkeit.

Der ökonomische, monetarisierte Bewertungsmaßstab verändert politische Bewertungen. Steigende Lebenserwartungen sind aus menschlicher Sicht ein Fortschritt, aus neoliberaler Sicht allerdings keineswegs positiv, da sie eine Belastung des Wirtschaftsstandorts durch mehr Rentenzahlungen erfordern, also ein neuer Kostenfaktor. Der Sozialstaat – das pfeifen alle Spatzen in Stereo von den Dächern – ist zu teuer. Jetzt soll auch die Sozialpolitik das Geiz-ist-geil-Prinzip der Konsummärkte beherzigen. Der Widerspruch zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum wird geflissentlich ausgeblendet.

Prototypisch für die Preisgabe sozialer Sicherheit an den Markt war der Gang privater Pensionsfonds an die Börse: soziale Sicherheit als Aktie. Sie floatiert frei statt in einen Gesellschaftsvertrag eingebunden zu werden, der die sozialen Lasten und sozialen Leistungen verteilt.

Als Folge dieser Ökonomisierung und Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Güter hat sich bereits in vielen Ländern des Südens, die einen erheblichen Erfahrungsvorsprung in Sachen Privatisierung haben, ein Zwei-Klassen-System z.B. der medizinischen und schulischen Versorgung entwickelt, das den Widerspruch von öffentlicher Armut und privatem Reichtum reflektiert: Spitzenqualität in teuren Privatkrankenhäusern und Privatschulen, keine Medikamente und keine Schulbücher im öffentlichen Sektor. Dies verfestigt Armut, weil die Armen durch die öffentlichen Dienste schlechter versorgt werden, und die soziale Polarisierung in den Gesellschaften. Diese Entwicklung wird auch bei uns nun spürbar.

4) Wider die Macht des Geldes - Was Menschen machen, können Menschen ändern

Ich will nun meine Überlegungen zu den drei gesellschaftlichen Bereichen, die der Herrschaft des Geldes und damit der Macht der Geldbesitzer zunehmend unterworfen werden, noch einmal bündeln und dann ein paar Blitzlichter auf Gegenwehr und Alternativen zu werfen.

Die ursprüngliche Funktion des Geldes, Mittel des gesellschaftlichen Austauschs und der sozialen Integration zu sein, verkehrt sich gleichzeitig in ihr Gegenteil, nämlich sozial zu desintegrieren, zu spalten, zu polarisieren: auf den Finanzmärkten bestimmt das Geldkapital ein sehr abstraktes und anonymisiertes Geschehen, das aus den sozialen Zusammenhängen herausgelöst und verselbständigt ist. Dieser Prozess der Ausbettung der Wirtschaft aus dem Sozialen ist bei den Finanzmärkten noch einmal stärker als bei der industriellen Produktion, für die Karl Polanyi dies analysiert hat.

Von den Normen und Werten, die die Wirtschaft als gesellschaftlichen Prozess der Kooperation bestimmt, nämlich Solidarität, Nachbarschaftshilfe, Versorgung, Wechselseitigkeit, kurz: Moral ist die geld-rationale Ökonomie abgetrennt. Ökonomisierung, die Dominanz der Geldlogik heißt Ausgrenzung des Sozialen oder auch der Moral aus dem Wirtschaften. Der Gesellschaftsvertrag, der eine Gesellschaft zusammenhält, wird den Marktverträgen untergeordnet.

Wenn wir uns der Frage stellen, ob dies so weitergehen soll, treffen wir nicht nur auf immer größere Verunsicherung und Ohnmachtsgefühle in der Gesellschaft. Menschen fühlen sich zunehmend als Hamster im Rad der Geldmaschinerie, die immer schneller laufen müssen, je mehr wir alles auf die Rationalität des Geldes reduzieren: Wohlstand, Sicherheit, Bildung, Lebenschancen, Glück und Zufriedenheit.

Trotzdem ist die Geldlogik 1) kein völlig hermetisches Regime 2) werden die Widersprüche und Brüche des Systems offensichtlicher 3) wird gerade durch die verstärkten Geldzwänge die Unzufriedenheit stärker.

Deshalb möchte ich zum Schluss auf einige Wiederaneignungsansätze verweisen, mit denen Menschen weltweit versuchen, die entfesselte Geldlogik, sei es als Geldkapital, als Konsum- und Geizgeilheit, als Konkurrenz- und Kostensenkungsdogma wieder unter Kontrolle zu bringen und ins Soziale, in eine Moral oder einen Gesellschaftsvertrag wieder einzubinden.

Mit der Geldlogik brechen heißt im ersten Schritt, mit dem Mythos der Alternativlosigkeit zu brechen. Dies kann und muss auf mehreren Ebenen geschehen, zunächst auf der Ebene des Nationalstaats und der Politik.

Die Politik muss gestärkt werden gegenüber der Marktökonomie, sodass sie dem unkontrollierten Agieren des Geldkapitals auf den Finanzmärkten und

der unregulierten Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten einen Riegel vorschieben kann. Das erfordert eine Stärkung des Staat in seiner wohlfahrts- und sozialpolitischen Rolle der Umverteilung. Die Finanzmärkte könnten zu diesem Zweck mit einer Spekulationssteuer belegt werden, der sog. Tobin Tax, die nicht nur transnationale Finanzströme regulieren, sondern auch Mittel für eine Umverteilung an den globalen Süden abschöpfen könnte. Ebenso müsste durch eine vereinheitlichte europäische Steuerpolitik mit einer hohen Besteuerung von Kapital und Vermögen bei gleichzeitiger Schließung von Steueroasen umgesteuert werden, nämlich eine Umverteilung von oben nach unten innerhalb unserer Gesellschaften auf den Weg gebracht werden. Wir brauchen in den post-fordistischen Gesellschaften neue Sozialverträge, die nicht von Marktverträgen und der Geldlogik dominiert sind.

Primat der Politik über die Ökonomie heißt auch, dass der Staat den Markt reregulieren und der Privatwirtschaft in eine soziale Verantwortung durch gesetzliche Mindeststandard und Mindestlöhne einbinden muss.

Gegenüber den Desintegrations- und Spaltungstendenzen des Geldes müssen öffentliche Güter und öffentliche Daseinsvorsorge als Bereiche, die den sozialen Zusammenhalt und das Gemeinwohl der Gesellschaft sichern, gestärkt und vor einer vollständigen Ökonomisierung und Privatisierung bewahrt werden. Soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Kultur, die für die Reproduktion einer demokratischen, solidarischen Gesellschaft notwendig sind, sollten prinzipiell dem privaten Gewinnstreben entzogen und öffentlich organisiert werden.

Beispielhaft in der brasilianischen Millionenstadt Porto Alegre haben die Bürger durch Beteiligung den kommunalen Haushalt in die eigenen Hände genommen und „Bürgerhaushalte“ erstellt, also den Erziehungsbereich, öffentlichen Nahverkehr etc. selbst gepreist. Solche Versuche der demokratischen Wiederaneignung von Budgets finden derzeit auch in deutschen Kommunen statt. Mit einer Geschlechterperspektive werden außerdem Gender Budgets erstellt, die die Haushalte von Institutionen, Kommunen oder auch Staaten geschlechtersensibel nach Einkünften und Ausgaben aufschlüsseln.

Auf der zivilgesellschaftlichen bis hin zur individuellen Ebene gibt es weltweit viele Ansätze, mit denen Menschen versuchen, anders miteinander zu wirtschaften und ihre Arbeit anders zu bewerten als durch die Geldmaßstäbe jenseits ihrer Kontrolle. In den Industrienationen äußert sich das in verschiedenen Formen von nicht geld-basierten lokalen Austausch- und Handelssystemen wie Tauschringen, die andere, selbstbestimmte Wertungen von Arbeit und eigene Währungen einführen. Auf der Poppelsdorfer Allee in Bonn steht ein metallener Bücherschrank, in den jede/r Bücher reinstellt, die er/sie nicht mehr braucht und rausnimmt, was interessiert. Nach demselben Prinzip funktionieren Umsonstläden, die jetzt in vielen Städten entstehen. In einer Region im Nordosten Thailand haben ganze Dörfer eigene regionale Währungen eingeführt, mit der sie ihre Arbeiten, auch die bislang unbezahlten Arbeiten neu bewertet haben – außerhalb der nationalen und globalen Märkte. In dieser Dörfer ließ die thailändische Regierung die Armee

einmarschieren, um das Münzrecht des Staates zu sichern und die Zirkulation der Regionalwährung auszuhebeln.

In den USA vernichten Jugendliche, wenn sie sich in die Nachbarschafts-Communities vor allem in von Schwarzen dominierten Gemeinden einklinken, als erstes ihre Kreditkarten als wesentliches Instrument von Verschuldung und Verlust der Kontrolle über Geld und das eigene Konsumverhalten.

Für die Supervision heißt dies, in Arbeitsprozessen die Anteile aufzuwerten, die jenseits der Geldlogik liegen, und das Soziale und Kooperative zu stärken. Als Anti-McKinseys dürfen SupervisorInnen die Qualität von Leistung nicht in eins zu setzen mit Effizienz und Wachstum und können auf diese Weise aufklärerisch und emanzipatorisch wider den Zeitgeist und wider die Macht der Ökonomisierung wirken.

Sicher ist der Einwand berechtigt, dass all dies von der makro-politischen bis zur persönlichen Ebene bestenfalls Maßnahmen der Symptomkuriererei sein können, aber keinen Systemwandel auslösen würden. Mit dem Rücken zur Wand stehend ist das Bewusstsein über Möglichkeiten, Haarrisse und auch Brüche in der neoliberalen Geldwirtschaft und in der eigenen Verstricktheit in deren Logik auszulösen, die Voraussetzung für Emanzipation und ein Empowerment in dem Sinne, dass der Rückgewinn von Kontrolle über das eigene und das gesellschaftliche ökonomische Handeln sowie der Rückbezug auf normative Maßstäbe wie Moral und Gerechtigkeit erste Schritte gegen die gefühlte Ohnmacht und demokratische Machtbildung darstellen.

Literaturhinweise

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2005): Memorandum 2005. Sozialstaat statt Konzern-Gesellschaft, Köln

Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2002): Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, Schmutziges Geld und informelle Politik, Münster

Christen, Christian/Michel, Tobias/ Rätz, Werner (2003): Sozialstaat. Wie die Sicherungssysteme funktionieren und wer von den Reformen profitiert, Hamburg

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002): Globalisierung der Weltwirtschaft. Schlussbericht der Enquete-Kommission, Opladen

Fritz, Thomas/Scherrer, Christoph (2002): GATS: Zu wessen Diensten?, Hamburg

Huffschmidt, Jörg (Koord.) (2004): Die Privatisierung der Welt. Hintergründe, Folgen, Gegenstrategien, Hamburg

Scharenberg, Albert/Schmidtke, Oliver (Hrsg.) (2003): Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen, Münster

Schnack, Dieter/ Gesterkamp, Thomas (1998): Hauptsache Arbeit? Männer zwischen Beruf und Familie, Reinbek b.Hamburg

Sennett, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin

Wichterich, Christa (2003): Femme global. Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral, Hamburg